



HESSISCHER LANDTAG

01. 07. 2022

Kleine Anfrage

Torsten Felstehausen (DIE LINKE), Hermann Schaus (DIE LINKE)
vom 11.03.2022

**Zunehmende Ablehnungen bei der Anerkennung von Dienstunfällen,
insbesondere bei der Polizei**

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verzeichnen zunehmend Ablehnungen bei der Anerkennung von Dienstunfällen. Besonders schwierig stellt sich die Anerkennung von psychischen Erkrankungen als Dienstunfallfolge dar. Als eine Ursache wird die Bündelung der Dienstunfallbearbeitung bei der Unfallfürsorgestelle beim Regierungspräsidium Kassel vermutet. Ab 01.04. ist dem RP-Kassel zusätzlich die Zuständigkeit für die Dienstunfallbearbeitung u. A. für die Ressorts Justiz, Finanzen sowie Wissenschaft und Kunst zugewiesen. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Dienstunfallbearbeitung auf die Besonderheit des Polizeidienstes eingerichtet ist, wie diese bei den Entscheidungen über Anträge berücksichtigt wird und wie generell auf die Besonderheiten der Dienstbedingungen in den verschiedenen Ressorts eingegangen werden kann.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Die Entscheidungen in Dienstunfallangelegenheiten erfolgen ausschließlich nach gesetzlichen Maßgaben und beruhen auf einer einheitlichen Rechtsgrundlage. Auch im Zuge der Zentralisierung der Bearbeitung werden eventuelle Besonderheiten weiterhin berücksichtigt, der notwendige Austausch zwischen den personalverwaltenden Stellen und dem Regierungspräsidium Kassel ist sichergestellt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund, dem Minister der Finanzen, dem Minister der Justiz, dem Kultusminister, der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

Frage 1. Wie viele Dienstunfälle im Landesdienst wurden in den Jahren 2017 bis 2021 jährlich gemeldet?

2017	2018	2019	2020	2021
3.018	3.109	2.949	2.595	2.635

Frage 2. Wie verteilen sie sich auf die einzelnen Ministerien?

Geschäftsbereich	2017	2018	2019	2020	2021
StK	6	4	3	2	2
HMdIS	1.483	1.604	1.376	1.351	1.534
HMdF	137	151	154	140	95
HMdJ	271	229	208	224	208
HKM	1.010	1.017	1.101	799	737
HMWK	33	33	40	28	20
HMWEVW	19	25	20	12	5
HMUCLV	57	43	40	33	31
HMSI	2	3	7	6	3

Frage 3. Wie viele Dienstunfälle wurden davon bei der hessischen Polizei gemeldet?

2017	2018	2019	2020	2021
1.393	1.507	1.281	1.283	1.469

Frage 4. Wie viele Dienstunfälle hatten einen „Coronabezug“ (bitte nach Jahren aufschlüsseln?)

Frage 5. Wie viele Dienstunfälle hatten Bezug zum Thema Psychische Erkrankung/ Posttraumatische Belastungsstörung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Frage 6. Wie war die Quote der Anerkennung allgemein (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Frage 7. Wie war die Anerkennungsquote bei Corona-Infektionen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Frage 8. Wie war die Anerkennungsquote bei psychischen Erkrankungen durch Dienstunfall (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Frage 9. Wie viele Beschäftigte sind/ waren seit 2017 in der Dienstunfallbearbeitung in welchen Dienststellen eingesetzt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Von einer Beantwortung der vorgenannten Fragen wurde abgesehen, da hierfür eine manuelle Datenerfassung mit händischer Auswertung von Aktenbeständen in erheblichem Umfang erforderlich wäre, sodass von einer Beantwortung – auch im Hinblick auf die Frist – abgesehen werden musste.

Wiesbaden, 26. Juni 2022

Peter Beuth